

#### Inhalt:

**EU schädigt die Schweiz**

Titelseite

**Optimist – Pessimist – Realist**

**Warum das Wort Neger kein Schimpfwort ist**

Seite 2

**Masseneinwanderung**

Seite 3

**Nennt man das Verantwortung wahrnehmen?**

Seite 4

**Quo vadis, China?**

Seite 5

**Ausländerkriminalität gibt es keine**

**Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts im Keim ersticken**

Seite 6

**PIKOM-NEWS**

Seite 7

**Generalversammlung 2018**

Seite 8

Nr. 1/2018

# PIKOM

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

# INFO

## EU schädigt die Schweiz



Von  
Sylvia Flückiger  
Nationalrätin und  
Vizepräsidentin  
PIKOM,  
5040 Schöffland AG

Eine höchst interessante Studie von Simon J. Evenett, britischer Professor für internationalen Handel und wirtschaftliche Entwicklung an der Universität St. Gallen, wurde von den Medien nur am Rande erwähnt. Nach einer kurzen Berichterstattung im Radio suchte man interessanterweise in den meisten Zeitungen vergebens nach einem diesbezüglichen Bericht.

### Kein Vertrauen mehr in die bilateralen Verträge

Die immer wieder hochgelobten bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU sind alles andere als ausgewogen: Die EU und die EU-Staaten haben vor allem seit Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahre 2008 eine Vielzahl von Massnahmen ergriffen, welche der Schweiz massiv schaden. Das bestätigt den schon länger schwelenden Verdacht, dass EU-Länder zuerst einmal protektionistisch für sich schauen. Die Schweizer Wirtschaft hat das Nachsehen und leidet dazu noch enorm unter der Euroschwäche.

So führt die erwähnte Studie zu erstaunlichen, höchst beunruhigenden Ergebnissen: Die Schweizer Wirtschaft wird von der EU massiv geschädigt – trotz oder wegen der bilateralen Verträge. Es handelt sich um eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Eingriffen der EU-Kommission oder einzel-

ner EU-Staaten, welche EU-Unternehmen einseitig auf Kosten der ausländischen Konkurrenz – und damit einschliesslich unserer Schweizer Unternehmen – bevorzugen. Dabei steht die Subventionierung von defizitären Firmen im Vordergrund. Gelder sind hier vor allen Dingen geflossen, um die Arbeitsplätze maroder Firmen zu erhalten. Dass sich solche Aktionen gegenüber unserem Werkplatz Schweiz in höchstem Masse schädigend auswirken, liegt auf der Hand und kann nicht einfach hingenommen werden. Denn unsere Unternehmen kämpfen tagtäglich um Aufträge und damit um das Überleben der eigenen Strukturen und Arbeitsplätze, ohne staatliche Krücken selbstverständlich. Die Daten zeigen auf, dass die Rettungsaktionen von konkursgefährdeten Firmen in 141 Fällen Unternehmen betrafen, die direkt mit einem Schweizer Exportunternehmen konkurrieren! Wie soll man da noch Vertrauen in die bilateralen Verträge haben?

### Jährlicher Schaden von 17 Milliarden Franken

Im Fokus steht immer wieder der Einkaufstourismus der sich extrem schädigend mit vielen Milliarden Franken auf Gewerbe und KMU auswirkt. In der Folge fehlen Aufträge, Arbeit, Steuern und Sozialabgaben. Und jetzt haben wir einen zusätzlichen Schaden für die Schweizer Wirtschaft, nämlich von sage und schreibe 17 Milliarden Franken im Jahr, wie ihn die Studie der Uni St. Gallen beziffert hat. Dieser Betrag entspricht einem Viertel des Bundeshaushaltes nota bene. Und dann liest man einen Bericht seitens des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco), das einen wirtschaftlichen Aufschwung für die kommenden Jahre prognostiziert. Da frage ich mich nun wirklich, ob die Kartoffeltaktik angewendet wird, (die Augen gehen erst auf, wenn sie im Dreck sind), in der Hoffnung, man merke es nicht. Der EU-Heimatschutz hat für unsere Firmen zur Folge, dass sie entweder Aufträge verlieren, oder praktisch dazu gezwungen werden, die Preise zu sen-

ken, und damit auch tiefere Gewinnmargen oder meistens eben gar keine auf Exportprodukten und Kapitalerträgen zu akzeptieren. Im Oktober 2016 waren in der EU insgesamt 151 für die Schweiz schädliche Massnahmen in Kraft, davon 101 Staatshilfen und 13 Handelsfinanzierungen. Dieser EU-Interventionismus widerspricht ganz klar dem Sinn und Geist der bilateralen Verträge. Überflüssig zu bemerken, dass dadurch viele Unternehmen und Arbeitsplätze in Gefahr sind.

### Fragen über Fragen

Es ist unverständlich, dass der Bundesrat nicht bemerkt oder gar akzeptiert hat, dass die bilateralen Abkommen die schweizerischen Handelsinteressen während der Wirtschaftskrise nicht vor dem EU-Protektionismus geschützt haben. Immer wieder hören wir gebetsmühlenartig aus bundesrätlichem Munde, dass die Schweiz nicht protektionistisch handeln dürfe, (Bundesgesetz für öffentlichen Beschaffungswesen z.B.) das sei verpönt, selbst dann, wenn es gegen Schweizer Interessen und zum eigenen Schaden war. Mehrmals darauf angesprochen, bereits im Jahre 2015, hatte ich den Bundesrat gefragt, ob er wisse, dass in EU-Staaten Fördergelder zum Einsatz kommen und dies unsere Unternehmen schädige, wurde immer gleich lapidar geantwortet, man wisse davon nichts, es gäbe keinen Handlungsbedarf, wir dürfen ohnehin nicht protektionistisch denken und handeln. Auch weitere diesbezügliche Fragen wurden lustlos und inhaltslos beantwortet und abgetischt. Für mich als KMU- und Gewerbspolitikerin unbegreiflich!

### Wir wurden über den Tisch gezogen

Es zeigt sich aber einmal mehr, dass die Schweiz, welche internationale Verträge jeweils minutiös einhält und sie am liebsten im vorausseilenden Gehorsam erfüllt, mit abgesägten Hosen dasteht. Wir wurden über den Tisch gezogen und sind die Dummen. Es wäre gerade jetzt wohl endgültig an der Zeit, wo

man über einen Rahmenvertrag und weitere internationale Verhandlungen diskutiert, endlich einmal Rückgrat zeigt seitens des Bundesrates und Tacheles redet. Erstens akzeptieren wir keine fremden Richter in unserem Land, und zweitens muss jetzt schnell aufgeräumt werden, ohne Wenn und Aber. Der Wettbewerb darf nicht mehr zuungunsten der Schweizer Wirtschaft verzerrt werden, und dies vor allem noch von Ländern die bezüglich der Euroschwäche ohnehin profitieren. Warum erfolgte in Brüssel und in der EU keine geharnischte Intervention? Wann wird der Bundesrat

nun Abhilfe verlangen und das Parlament über die Ergebnisse seiner Intervention informieren? Oder geht der Bundesrat davon aus, dass diese EU-Massnahmen gar legal waren? Und wenn nicht, davon ist auszugehen, wieso unternimmt er dann nichts dagegen? Es ist nun endlich an der Zeit, sämtliche Kosten und Nachteile aufzuzeigen, welche die Politik der EU, namentlich im Zusammenhang mit den bilateralen Verträgen, der Schweizer Wirtschaft verursacht hat, um dann die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Das fordere ich nun mit einem Postulat.

# Warum das Wort Neger kein Schimpfwort ist

Von Dr. Ing. chem. ETHZ Dragan J. Najman, 5400 Baden AG

Dass man statt Neger «Schwarze» sagen müsse, ist ein Phantasieprodukt aus dem linken Lager bzw. von Leuten, die weder von Sprachen noch von Geographie etwas verstehen. Ich lasse mir von diesen Leuten nicht die deutsche Sprache neu erfinden.

1. Neger hat absolut nichts mit dem amerikanischen Schimpfwort Nigger zu tun. Das Wort Neger stammt vielmehr direkt aus dem spanischen «negro», dieses wiederum aus dem lateinischen «niger», und beide bedeuten auf deutsch übersetzt «schwarz».
2. Das Wort schwarz ist vielmehr im Deutschen und in allen Sprachen, die ich kenne, etwas Negatives: Der schwarze Tod hiess im Mittelalter die Pest; der Schwarze war der Teufel und wird auch heute noch so genannt; schwarze Kunst wurden Hexerei und Zauberei genannt; der schwarze Freitag wird der grosse Börsencrash im Jahr 1929 genannt; der schwarze September heisst bei den Palästinensern der September 1970, als sie mit brutaler Gewalt von ihren arabischen «Brüdern» aus Jordanien vertrieben worden sind.
3. Wörter wie Negersprachen, Negermusik, Negerkunst sind in jedem – auch den modernsten Duden oder Brockhaus aus dem 21. Jahrhundert – zu finden. Nirgends liest man Ausdrücke wie Schwarzensprachen oder Schwarzenmusik.
4. In Afrika gibt es heute noch einen Fluss «Niger», ein Land «Niger» und ein Land «Nigeria». Diese Wörter ähneln viel mehr dem amerikanischen Schimpfwort «Nigger». Nach 1960 haben sehr viele afrikanische Staaten ihre aus der Kolonialzeit stammenden Namen geändert. Diese drei Wörter bestehen aber heute noch.
5. Ich habe gehört, dass selbst bei den Negern «schwarz» etwas Negatives ist. Nicht alle Neger sind nämlich schwarz, sondern es gibt zwischen echt schwarzen und sehr hellhäutigen alle möglichen Nuancen. Hellerhäutige sollen auf die jeweils dunkleren herab schauen. Das ist natürlich sicher nicht bei allen so, aber es kommt anscheinend häufig vor.
6. Und «last but not least»: Wer kennt nicht die wunderschöne Musik Negro Spirituals: das sind geistliche Volkslieder mit religiösem Inhalt. Diese Musik wird von den amerikanischen Negern selbst so benannt.

Man höre deshalb endlich mit dem Märchen auf und behaupte, Neger sei ein Schimpfwort. Im Gegenteil: Das Wort «Schwarze» ist viel eher etwas Negatives und also als Schimpfwort zu werten.

## Optimist – Pessimist – Realist

Von Dr. Frederik Briner, 5210 Windisch AG

Einen Vorteil hatte der Kalte Krieg. Man wusste genau, der Optimist lernt Englisch, denn der Amerikaner wird uns retten. Der Pessimist lernt Russisch. Er rechnet damit, dass die bösen Russen die Schweiz erobern, falls der kalte zu einem heissen Krieg wird. Diejenigen sahen sich als Realisten, die schon damals den zunehmenden Einfluss Chinas als Weltmacht ahnten.

Ab welcher Klasse sollen Schüler Frühfranzösisch oder Frühenglisch lernen? In welchem Alter sind eine oder gar zwei Frühsprachen zumutbar? Soll es die ungeliebte Sprache der Confrères sein, welche in der Schweiz gesprochen wird und die, wie (angeblich) Leutschenbach, das Land im innersten zusammenhält? Oder doch die weltmännischere, prestigeträchtige von welcher die Schüler – cool and easy – schon einen ansehnlichen Wortschatz mitbringen? Von Chinesisch und Russisch spricht man in der Primarschule nicht.

Wir Schweizer haben den Ruf, drei- oder gar vier-sprachig geboren zu werden. Gegen diese Gen-Theorie wehren wir uns alle, die wir jahrelang drei oder vier Sprachen gebüffelt haben, um uns nicht bloss mit Wallisern, Südpentzern und Bündnern unterhalten zu können, sondern auch mit Eritreern, Iranern, Bosniern, Albanern, Rumänen, Türken. Irgendwie aber ist Frühhalbanisch und Frühtürkisch an uns vorbeigegangen, das wir gut hätten gebrauchen können. Und so stehen wir in Brugg einsam auf dem Roten Platz, umgeben von Sprachen, die wir weder können, noch kennen.

Ich warte schon lange in meiner Heimat auf Menschen aus Ländern, wo eine der fünf Sprachen gesprochen wird, welche ich gelernt habe.

Endlich, gekleidet in eine Toga, erscheint ein alter Römer aus Vindonissa. Er sagt: «Quae maior urbs – eo desertior homo!»

«Je grösser die Stadt, umso einsamer der Mensch!» Das wussten die alten Römer – und wir haben's vergessen.

Bild zvg



# Masseneinwanderung

Von Thomas Schibli, 3006 Bern BE

Heutzutage geht es nicht mehr um Weltoffenheit vs. Abschottung, sondern schlicht und einfach um Mathematik, nämlich um die Exponentialrechnung, mit Taschenrechner inzwischen viel einfacher als früher «von Hand». Wachstum ist von Natur aus exponentiell (Prozentuelles Wachstum ist immer exponentiell). Bei Tieren und Menschen hört es dann auf, wenn weiteres Wachstum das Überleben beeinträchtigen würde. Pflanzen hingegen wachsen fast bis zu ihrem Lebensende. Exponentielles Wachstum führt fast immer in eine Katastrophe.

## Das Generationenproblem:

Die Statistik ergibt für das Jahr 1941 223'554 Ausländer an, das waren 5,2% der Gesamtbevölkerung. Meine Generation hat also die Anzahl der Ausländer knapp verzehnfacht. Wegen 75 Jahren Tätigkeit von Schweizermachern hat sich der Anteil der Ausländer dagegen «nur» etwa vervierfacht. Da Muslime vor 1960 gar keine angegeben werden, kann man davon ausgehen, dass meine Generation die

Muslime in der Schweiz vielleicht vertausendfacht hat auf nun etwa 350'000.

Viele Exponenten der jetzt aktiven Generation beschimpfen uns aber als Hinterwälder, Fremdenfeindliche, Leute mit Bildungsmanko und mit dem neuen Modewort «Populisten». Es reicht ihnen offensichtlich nicht, dass meine Generation die Zahl der Ausländer nur knapp verzehnfacht hat. Die Gutmenschen und die Linken denken genauso. Aber auch Exponenten der Wirtschaft und der Industrie sind gegen eine wirksame Begrenzung der Einwanderung. Weil die Presse solchen Exponenten der Wirtschaft ziemlich hörig ist, toleriert sie grösstenteils die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

## Wie weiter?

Wir hatten mit dem Krieg, den Überfremdungsinitiativen, der Rückweisung der arbeitslosen Ausländer und der Kontingentierung der Einwanderer solche Einwanderungsbremsen, welche jetzt total entfallen. Es müsste somit ein Leichtes sein, unsere Verzehnfachung der Ausländer in einer Generation zu

toppen. Eine weitere Vertausendfachung der Muslime auf ca. 350 Millionen ist hingegen schlicht unmöglich. Das zeigt die Grenzen des exponentiellen Wachstums.

Falls die Muslime die Bevölkerungsmehrheit erreichen und natürlich eingebürgert werden, folgt eine Initiative betreffend das Verbot von Kirchtürmen mit Glockengeläut. Gemeinsamer Turn- und Schwimmunterricht für Buben und Mädchen wird wahrscheinlich verboten. Dafür werden natürlich das Minarett- und Burkaverbot aus der Verfassung entfernt.

Und noch eine Generation später: Bundesratswahlen: Einer der Kandidaten hat Schweizer Wurzeln.

## Es wird doch kaum so weit kommen???

Wissen Sie, was CH heisst? Es heisst Confœderatio Helvetica. Die Helvetier waren Kelten. Cäsar hat sie besiegt, aber eher gefördert als ausgerottet. Kennen Sie einen Kelten oder wenigstens einen Schweizer mit einem keltischen Namen? Wohl kaum – alle ausgerottet durch unkontrollierte Masseneinwanderung.

Fazit: Die Geschichte lehrt uns, dass der Mensch aus der Geschichte nichts lernt.

Bild zvg



Ich will Mitglied werden

Ich wünsche Infos

## Machen Sie nicht länger die Faust im Sack!

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau - Fax 031 981 39 82

[www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

## Mitglieder werben und gewinnen!

Wer ein Neumitglied wirbt, nimmt an der Verlosung eines Nachtessens mit einem Vorstandsmitglied nach Wahl teil. Der Gewinner bestimmt das Restaurant. PIKOM übernimmt die Rechnung.

### Geworben durch:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

# Nennt man das Verantwortung wahrnehmen?

Von Tis Hagmann, Büro Ha, 5042 Hirschtal AG

**Erneut ein unverständlicher Entscheid des Bundesgerichtes (BG).** (Entscheid 9C\_806/2016, 14.7.17) Fazit: Das BG verbietet die Observation von IV-Rentnern. Bis anhin war das zugelassen. Es geht darum, mit Überwachungen Missbräuche festzustellen, um allenfalls Leistungen zu reduzieren, einzustellen oder gar Strafanzeige zu führen. Grund (gem. BG) seien die fehlenden Rechtsgrundlagen. Nachdem das BG jahrelang die Kontrollpraxis zugelassen und anerkannt hat, soll das nun plötzlich nicht mehr gültig sein. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat nun angeordnet, dass geheime Observationen (in Missbrauchsfällen) zu streichen seien und zuerst das revidierte Gesetz abzuwar-

ten sei. Das dauert natürlich einige Jahre. In dieser Zeit sind also Tür und Tor für Missbräuche offen. Und hier noch der Ursprung dieser Wendehals-Praxis: Im Oktober 2016 hat der Europäische Gerichtshof («fremde Richter!») die Schweiz gerügt, weil sie den Einsatz von Privatdetektiven zur geheimen Überwachung einer Versicherten (mit Betrugsverdacht) zulies. Folglich macht das Bundesgericht den Bückling.

**Kurzmeldung von der Asylfront.** Sommarugas Ausländerbehörde lässt Ausländer mit Einreiseperrre in die Schweiz einreisen, um hier Ferien zu machen! Die offizielle Wortschöpfung dafür heisst «Suspension der Einreiseperrre». Unglaublich, das gibt es! Das wäre etwa das Gleiche, wie eine «Sus-

pension des Führerausweisentzuges» für die Dauer der Ferien. Es gibt (angeblich) keine Statistik dafür! Wer's glaubt! Am 1. August waren es allerdings (an einem Tag) deren 64! Und die ganze Führung schläft! Ebenso schläfrig wie bei den ca. 100'000 Illegalen, die hier leben. Bis heute hat die Ausländerbehörde dieser Zahl nicht widersprochen! Also muss sie stimmen oder höher sein!

**Keine Ausschaffung.** Ein Asylbewerber wurde vom Bezirksgericht Dietikon (Nr. DG 170'019 vom 22.8.2017) wegen mehrfachen Delikten zu einer unbedingten Haftstrafe von 15 Monaten und Fr. 300.– Busse verurteilt. Er ist 2014 in die Schweiz eingereist und abgewiesen worden. Die Ausschaffung fand nicht statt. Aus welchen Gründen auch immer. Im Oktober 2016 hatte er bereits 5 Vorstrafen mit total 14 Monaten Freiheitsentzug «erwirtschaftet», die er nun ebenfalls «absitzen» muss. Landesverweis, Ausschaffung, Einreiseperrre usw. – nichts davon im Urteil.

**Kurz und klar:** von Alex Schneider, 5024 Küttigen AG

## Arbeitslosigkeit von Älteren mit Kontingentierung der Zuwanderung bekämpfen

Mit einer wirksamen Kontingentierung der Zuwanderung könnte die Arbeitslosigkeit von Älteren bekämpft werden. Wenn Kanada, Australien und die USA als grosse Staaten differenzierte und ausge-

wogene quantitative Einwanderungsbeschränkungen seit langem erfolgreich umsetzen können, sollte dies in der kleinen Schweiz mit ihrem weit höheren Einwanderungsdruck auch machbar sein.

## Personenfreizügigkeit: Wir brauchen eine Zuwanderungsbegrenzung!

Die Standortattraktivität der Schweiz ist international betrachtet so gross, dass wir uns vor einer übermässigen Zuwanderung von Bevölkerung und wertschöpfungsschwachen Unternehmen schützen müssen. Wenn wir die Funktionsfähigkeit unserer Infrastruktur, unser Kulturland, unsere Lebensqua-

lität und unsere schweizerische Identität schützen wollen, brauchen wir restriktive Zuwanderungsbedingungen. Freihandel und Personenfreizügigkeit bedingen einander nicht, das sind zwei verschiedene Wertefässer. Das zeigen auch die USA.

## PFZ: Zuzug von Fachkräften ja, aber ausgewählt und gesteuert!

Gegen den Zuzug von Fachkräften, die heute in der Schweiz noch fehlen, hat ja niemand etwas. Die PFZ erlaubt es nun allen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, die irgendwo in der Schweiz eine Stelle antreten können, die Zuwanderung. Es ist nicht einzusehen, warum die Schweiz nicht wie Kanada oder Australien die Zuwanderer gezielt auslesen

soll. Dazu kommen die ständigen Neuansiedlungen von Firmen, welche ihre qualifizierten Mitarbeitenden gleich aus der EU mitbringen. Was soll das? Die Schweiz hat die Grenzen des Wachstums bei ihrer Besiedlung längst überschritten. Wir wollen kein Singapur, Hongkong, Manhattan oder Shanghai Europas werden!

### Spenden in WIR

Sie können Spenden an PIKOM auch in WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an PIKOM, 5000 Aarau senden.

PIKOM dankt herzlich für Ihre Unterstützung.



### Impressum

**Herausgeber:** PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 39 82

**Vorstand:** Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrätin Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland – Nationalrat, Gemeindeammann Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – Manuela Kummlig, Geschäftsführerin, Reinach – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – alt Grossrat und alt Stadtrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern – Pierre Juchli, Zürich – Janosch Weyermann, Bern

Homepage: [www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

E-Mail: [pikom@pikom.ch](mailto:pikom@pikom.ch)

PC-Konto: 60-76254-9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich

# Quo vadis, China?

Von Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,  
D-Königswinter/Bonn

Zunehmend greift dieses Riesenland in die Geschichte der heutigen Welt ein, wobei es uns zumeist fremd und undurchschaubar erscheint: Unser Fehlen von Wissen und Verständnis führt dann auch oft zu Vorurteilen, Unsicherheit und Ängsten. Die Autoren, ein deutsch-chinesisches Ehepaar mit jahrzehntelangen Erfahrungen, bieten in ihrem Buch einen einzigartigen Einblick in das Denken und Fühlen der Chinesen. Geprägt ist ihr Land mit seinen unterschiedlichen Nord- und Südchinesen sowie Minderheiten von über 100 Millionen noch heute von Konfuzius, der als Ziel das Zusammenleben des Menschen durch Bildung sowie Tugend- und Moralregeln hatte. Selbst alle Versuche Mao Tse-tungs, das überlieferte Wertesystem von Grund auf zu ändern, scheiterte letztlich, die kulturelle Tradition erwies sich als stärker.

Wichtigster Teil des Buches ist die Darstellung des chinesischen Menschen: Während die christliche Religion den Menschen als ein von Gott geschaffenes, autonomes Wesen mit einem freien Willen sieht, ist für die Konfuzianer der Mensch nicht Kind Gottes, sondern die blosser Fortsetzung seiner Eltern und Vorfahren, Basiseinheit ist nicht das Individuum, sondern die Familie; sie stellt die wichtigste Grösse im Leben eines Chinesen dar, der einzige Ort des Vertrauens und der Sicherheit; sie ist sogar wichtiger als das Gesetz. Mao Tse-tung wollte das ausgeprägte Familienbewusstsein durch ein Staatsbewusstsein ändern – und scheiterte letztlich.

In der Erziehung sind Zurückhaltung und Kontrolle der Emotionen wichtig, was in Westeuropa oft als Gefühlsarmut oder Kälte erscheint. Kinder werden früh am Auswendiglernen und in Gedächtnisleistung trainiert, weniger im Entwickeln von Gedanken und im Argumentieren: Bei Prüfungen ist weniger selbstständiges Denken als abrufbares Wissen gefragt. Um einem mit der Erziehung zu mehr kritischem Denken verbundenen Kontrollverlust des Regimes vorzubeugen, hat Peking neuerdings die politischen Zügel wie gerade die Kontrolle des In-

ternets strammer angezogen. Die Balance, die es jetzt herzustellen versucht, ist prekär. Sein Ausgang dürfte die Zukunft Chinas prägen. Während wir relativ offen, also direkt und explizit kommunizieren, bevorzugen Chinesen dies implizit und indirekt, kompromisslose Worte, konfrontative Argumentation ist nichts für sie. Für Europäer ist es schwer, wirklich zu verstehen, was sie meinen, was sie sagten. Das Buch beklagt die weitverbreitete Korruption, die bis in die Reihen von Ministern und Generälen geht. Jede Regierung will sie bekämpfen, was indes bis heute erfolglos blieb. Es fehlen unabhängige Medien, ein Rechtsstaat, was allerdings mit der Alleinherrschaft einer Partei auch kaum vereinbar ist.

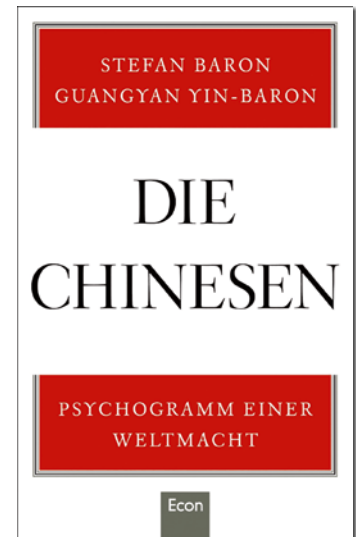
Folge ihrer anderen Kultur und historischen Erfahrungen haben Chinesen eine eigene Art, zu denken und die Welt wahrzunehmen; ihre Kriegskunst besteht im Gegensatz zu Clausewitz darin, den Feind in eine strategische Schwäche zu drängen, die den Ausgang eines Konflikts vorwegnimmt und so einen Waffengang überflüssig macht. Ist die List bei Clausewitz ein Zeichen von Schwäche, so für Chinesen ein bevorzugtes Mittel des Handelns und Ausdruck von Klugheit. Chinas Absichten seien defensiv, liest man im Buch. Doch die Realität in Tibet, Sinkiang, die angestrebte Rückeroberung von Taiwan (das nie zur Volksrepublik China gehörte) als «Verteidigung der Einheit der Nation» hinzustellen und das Südchinesische Meer als «Heimatmeer» mit der Ausrede «Es ist von vitaler Bedeutung, die Schifffahrtswege freizuhalten», beweisen das Gegenteil.

Freie Wahlen, Parlamentarismus, Gewaltenteilung kennt China nicht. Sein Marxismus ist ganz chinesischen Verhältnissen angepasst, mit dem Original hat er nur wenig gemeinsam. Heutiger Partei- und Staatschef Chinas, Xi Jinping, hat eine einzigartige Machtfülle, doch ein totalitäres System wie Mao strebt er ganz offenbar nicht an. Deng Xiaoping strebte mit seinen marktwirtschaftlichen Reformen von seinem Volk Fleiss, Sparsamkeit und Bildungsstreben. Die Ansicht, China werde in fünf Jahren sogar die USA überholen, erscheint falsch: Es wird Jahrzehnte dauern, bis sein Pro-Kopf-Einkommen das heutige Niveau der Vereinigten Staa-

ten erreicht. Immer noch muss ein Grossteil des Nahrungsmittelbedarfs über Importe gedeckt werden, was das Land gegen politischen Druck verwundbar macht. Seine 20 Atomkraftwerke gleichen das nicht aus.

Der Leser erlebt die wechselvolle Geschichte des «Landes der Mitte» mit seinen verschiedenen Dynastien und dem Opiumkrieg. «Die Chinesen wollen die damals erlittene Schmach tilgen und wieder die mächtigste Nation auf dem Globus werden, die sie jahrhundertlang gewesen waren». Es will «die grösste Macht der Welt» werden, aber – wie es behauptet – auf friedlichem Wege. Nach Ansicht der Autoren besteht die mit Chinas Wiederaufstieg verbundene Gefahr darin, dass die amerikanische Weltordnung von heute durch eine sinozentrische Ordnung eines Tages abgelöst werden könnte. Ziel einer europäischen Fernost-Politik müsse sein, den geopolitischen Konflikt zwischen beiden Weltmächten zu verhindern und dabei für eine multipolare Ordnung einzutreten, in der auch Europa einen wichtigen Platz einnimmt.

Eine Vision, doch wird sie mit dem heutigen Europa noch Realität?



Stefan Baron und Guangyan Yin-Baron, «Die Chinesen, Psychogramm einer Weltmacht», Econ-Verlag, Berlin, 2018, 448 Seiten (ISBN: 978-3-430-20241-1)

PRO  LIBERTATE

## Vortrag von Div aD Peter Regli

zum aktuellen Thema

**«Terrorismus, Migration,  
Cyberkrieg und Donald Trump:  
gehen sie uns noch etwas an?»**

**PIKOM**  
PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE



Donnerstag, 15. März 2018  
Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich

Mittwoch, 27. Juni 2018  
Sorell Hotel Aarauerhof, Bahnhofplatz 2, Aarau

Donnerstag, 4. Oktober 2018  
Mannschaftskaserne Bern, Papiermühlestrasse 15  
(Navigationssystem Kasernenstrasse 27), Bern

jeweils 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Referat

**PIKOM**  
PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

# Ausländerkriminalität gibt es keine

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Jedenfalls keine, die bekannt gegeben werden darf. So will es die rot-grüne Stadtregierung von Zürich. Denn in den Polizeimeldungen über verübte Delikte dürfen die Nationalitäten der Straftäter nicht mehr genannt werden. Das heisst genereller Heimatschutz für die rund 25% Ausländer, die in der Schweiz weit über 50% der Delikte begehen und im Alleingang unsere Gefängnisse praktisch auslasten.

Der Grund? Mit der Nennung der Nationalität der ausländischen Kriminellen könnten allenfalls fremdenfeindliche Gefühle geschürt werden. Es werde dadurch suggeriert, alle Ausländer seien kriminell, und die Ausländer dürften ja ums Himmelsdankswillen nicht diskriminiert werden.

Dieser Entscheid wirft einige Fragen auf.

## Warum gilt dieses dekretierte «Diskriminierungsverbot» nur für Ausländer?

In den Polizeimeldungen werden in aller Regel auch viele andere Angaben gemacht, die als ebenso diskriminierend empfunden werden können:

- **Das Geschlecht der Täter:** Zumeist wird hemmungslos gesagt, dass es sich beim Straftäter um einen Mann gehandelt habe (was ja zumeist auch zutrifft, aber dasselbe gilt auch für die unterdrückte Ausländerkriminalität). Somit werden sämtliche Männer als kriminell hingestellt und damit gegen-

über den Frauen und all den neuerlich definierten «Zwischendurchs» diskreditiert.

- **Das Alter der Täter:** Sehr oft wird das hohe oder tiefe Alter der Straftäter speziell erwähnt, besonders bei schuldhaften Verkehrsunfällen: «82-jähriger Rentner überfährt Kleinkind» oder «19-Jähriger mit 123 km/h innerorts geblitzt». Es wird mit dem Communiqué suggeriert, ältere oder junge Autolenker seien besonders unvorsichtige oder rücksichtslose Autofahrer. Fazit: Eine krasse Diskriminierung all jener Alten und Jungen, die korrekt fahren.

- **Alkohol und Drogen:** Praktisch immer wird in den Meldungen ausdrücklich erwähnt, dass der Täter bei Tatbegehung unter Alkoholeinfluss stand. Nichts ist dagegen einzuwenden, aber damit werden automatisch all jene Nicht-Täter stigmatisiert, die völlig legal ein Gläschen getrunken haben und korrekt gefahren sind. Nota bene: Bei den Gerichtsverhandlungen ist Alkoholkonsum am Steuer stets und immer strafverschärfend, Drogenkonsum gilt eher als strafmildernd!

- **Nennung von Berufen und Funktionen:** In den Pressemeldungen aufgrund der Polizeicommuniqués werden zumeist die Berufe und Funktionen der Täter genannt, so etwa: «Buchhalter hat beim Grillieren Waldbrand entfacht» oder «Kantonsrat hat Steuern hinterzogen». Auch dies krasse Diskriminierungen von korrekt agierenden Berufsgruppen und Funktionsträgern.

Durchaus fraglich somit, warum die Nennung der Nationalität der Straftäter eine Diskriminierung darstellen sollte. Für wen denn?

Die Nationalität der Straftäter soll nicht mehr genannt werden dürfen, die SVP-Parteizugehörigkeit aber selbstverständlich immer.

In den Medien lesen wir dann Titel wie: «SVP-Gemeinderat hat seine Ehefrau vergewaltigt» oder ähnlich Skurriles. Bezeichnend nur, dass solcherlei Parteinennungen von den allermeist linken Medien immer nur dann gebracht werden, wenn es um die ungeliebte SVP geht. Titel wie «SP-Gemeinderat hinterzieht Steuern» finden sich praktisch nirgendwo, denn das ist journalistisch weder besonders «sexy» noch politisch erwünscht. Ausnahmen in den wenig verbliebenen nicht-linken Medien bestätigen die Regel.

## Alles in allem: Eine gigantische mediale Manipulation

Mit den amtlichen Pressecommuniqués zumeist linksgrüner Regierungen und den darauf basierenden und angereicherten Pressemeldungen linker Medien (SRG inkl.) werden die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich manipuliert, ohne dass sie es gross merken. Rein Faktisches (wie etwa die überbordende Ausländerkriminalität) wird konsequent totgeschwiegen, hingegen «politisch Korrektes» nach linkem Gusto in die Schlagzeilen gebracht.

# Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts im Keim ersticken

Von Henri-Charles Beuchat, Stadtrat SVP, Bern

Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts muss im Keim erstickt werden, zumal deren verkörperte Werte, die Scharia, nicht mit unseren christlichen Grundwerten einer säkularen Rechtsordnung und schon gar nicht mit unserer Tradition einer freien Gesellschaft vereinbar sind.

Heute leben in unserem Land rund 430'000 Menschen, welche als Muslime registriert sind. Eine Mehrheit von ihnen besucht kaum je Moscheen, noch sind sie Mitglied einer dieser muslimischen Vereine, welche sie auch nicht repräsentieren. Diese schweigende Mehrheit der Muslime in unserem Land respektiert in der Regel auch unsere Rechtsordnung und hat nichts mit dem radikalen islamischen Gedankengut einer kleinen Minderheit unter ihnen am Hut.

Gleichzeitig stehen aber zurzeit rund hundert radikale, gewaltbereite Muslime unter Beobachtung

des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), und in Schweizer Moscheen verbreiten radikale Imame ungehindert ihre Hassbotschaften. Das Beispiel des libyschen Imams, Sozialhilfe- und Asylbetrügers in Nidau dürfte nur die Spitze des Eisberges sein. Jetzt ist höchste Zeit zu handeln, und es sind rote Linien zu ziehen. Radikale Muslime und Imame haben nichts zu suchen in unserem Land, jegliche Verbreitung von radikalem Gedankengut ist konsequent zu stoppen.

**Die SVP zeigt auf, was zur Bekämpfung des radikalen Islams unter anderem vordringlich zu tun ist:**

1. Islamische Gebetshäuser, Organisationen und Institutionen, welche in irgendeiner Art und Weise die Verbreitung oder Vertretung des Islams oder von Muslimen fördern oder wahrnehmen, dürfen weder direkt noch indirekt aus dem Ausland finanziert werden.
2. Alle Moscheen müssen bekannt sein sowie über-

wacht werden, und die Behörden haben bei jeglicher Verletzung der schweizerischen Rechtsordnung einzuschreiten und diese zu schliessen.

3. Sämtliche betroffenen und für die Sicherheit unserer Bevölkerung verantwortlichen Behörden müssen einen raschen und uneingeschränkten Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Erkennung, Identifizierung, Überwachung und Verfolgung von radikalen Islamisten aufbauen (Informationsaustausch).
4. Eine systematischere Überprüfung von Sozialhilfedossiers von Islamisten.

Zuständige Behörden auf allen Stufen sind direkt verantwortlich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Dabei steht die entschlossene Bekämpfung des radikalen Islams, die Ausschaffung radikalierter Muslime und die rasche Anpassung sowie knallharte Durchsetzung unserer Rechtsordnung im Zentrum. Dies ist gerade auch im Interesse der Mehrheit der Muslime in unserem Land.

## Zuwanderung begrenzen, jetzt Initiative unterschreiben

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unser Land. Über 500 Millionen EU-Bürger haben das Recht auf Einwanderung. Schluss mit dem Rechtsanspruch, die Zuwanderung muss wieder eigenständig geregelt werden. Mehr Informationen und Unterschriftenbögen unter: [www.begrenzungsinitiative.ch](http://www.begrenzungsinitiative.ch)

## Anerkannte Flüchtlinge erhalten die gleichen Sozialhilfeleistungen wie Schweizer

Nur Inländer haben während Jahrzehnten hier gearbeitet, Beiträge und Steuern bezahlt. Ein Flüchtling erhält 986 Franken Grundgehalt, sowie Miete mit Nebenkosten, Krankenkasse, Sozialversicherungen, total 2'600 Franken (2 Personen 3'500 Franken, 4 Personen 5'000 Franken). Zusätzlich Situationsbedingte Leistungen wie Zahnarzt, Brillen, Krippen, Versicherungen, Möbel, Umzugskosten, Anwaltskosten, Abos, Musikstunden und Instrumente, Integrationskurse, etc. Ab 65. Jahren erhält er eine AHV-Rente, ohne je einen Tag gearbeitet zu haben. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor zu Lasten der Steuerzahler geworden, die Asylindustrie boomt!

## In Gemeinden verlieren Parteien massiv an Sitzen

Gesamtschweizerisch politisieren auf Gemeindeebene mittlerweile je nach Gemeinde 30 bis 50 Prozent Parteilose, das ist mehr, als alle traditionellen Volksparteien zusammen auf die Waage bringen. Immer weniger Menschen wollen sich parteipolitisch binden, sie haben Mühe sich zu identifizieren.

## Aargau lockert Zulassungstopp für ausländische Ärzte

Seit 15. März 2017 gelten strengere Zulassungskriterien für Ärzte, die einen ausländischen Abschluss haben. Sie müssen mindestens drei Jahre in der Schweiz gearbeitet haben, bevor sie eine kantonale Bewilligung erhalten. Kantonsarzt Martin Roth: Es zeigte sich, dass Ärzte, die direkt aus dem Ausland kamen, oft nicht genügend mit den hiesigen Verhältnissen vertraut waren.

Per Verordnung sollen nun Zulassungskriterien für Regionen, wo es zu wenige Hausärzte gibt, geschaffen werden.

## Freiheit, des Schweizer höchstes Gut

Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und Unterstellung unter fremde Richter würde nicht nur das Ende des bilateralen Weges bedeuten, sondern das Volk würde entmachtet.

## An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems, Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, den Eliten und Richtern aber ein Dorn im Auge. Man ist in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht, über unsere Verfassung zu stellen, um so die Mitbestimmung der Bürger einzuschränken und Volksentscheide nicht umzusetzen.

## Grossbritannien will keine Zollunion mit EU

Die britische Premierministerin, Theresa May, schliesst jede Art von Zollunion mit der Europäischen Union (EU) nach dem Brexit aus. Sie steht derzeit unter heftigem Druck der Befürworter eines klaren Bruchs mit Brüssel.

## Libyen unterstützt Menschen schmuggeln

Laut UNO-Experten sollen Flüchtlinge, die von einer zum libyschen Innenministerium gehörenden Einheiten festgenommen wurden, gegen Bezahlung an Schlepper übergeben werden.

## Westbalkan-Staaten sollen bei entsprechenden Reformfortschritten bis 2025 in der EU sein

Die Länder seien derzeit aber noch «weit davon entfernt, die Bedingungen zu erfüllen, ein Ermunterungsdatum», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Zu den sogenannten Westbalkanstaaten zählen neben Montenegro und Serbien auch Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien.

## Mehr Geld für EU-Grenzschutz

Die Schweiz soll sich am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen beteiligen. Zur Debatte steht die Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung über die neue europäische Grenz- und Küstenwache. Nach dem Nationalrat hat auch die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats zugestimmt. Anders als der Nationalrat, will sie die Kostenbeteiligung der Schweiz nicht auf 12 Millionen begrenzen.

## Gratis-Internet in Aargauer Asylunterkünften

Das Departement Gesundheit und Soziales überlegt derzeit, WLAN in den kantonalen Unterkünften zur Verfügung zu stellen. Im Moment gibt es nur in den Unterkünften für unbegleitete Minderjährige und in der neuen kantonalen Unterkunft Frick als Pilotstandort WLAN.

## Völkerrecht keineswegs über dem Verfassungsrecht

Das Deutsche Bundesverwaltungsgericht hat dazu bereits 2015 ein ausführlich begründetes Urteil gefällt, dass „Völkerrecht keineswegs dem nationalen Verfassungsrecht übergeordnet sei“.

## Angst vor Mehrkosten überschatten Traum von Olympischen Winterspielen 2026

Umfragen deuten auf ein sattes NEIN zu den von Gigantismus geprägten Winterspielen in der Schweiz. Eine Milliarde Franken plus Defizitgarantien plus 300 Millionen Franken für Sicherheitsdienstleistungen, eine unrealistisch völlig zu tiefe Schätzung, werden nicht reichen. Die Spiele werden Schulden hinterlassen, die noch zusätzlich vom Steuerzahler bezahlt werden müssen.

# Einladung an Mitglieder, Gönner und Sympathisanten des PIKOM

## Generalversammlung 2018

**Datum:** Samstag, 7. April 2018

**Zeit:** ab 13.00 Uhr Unterhaltung mit dem Trio Gibli  
Urs Moser von Aeschau im Emmental, Schwyzerörgeli  
Manuela Wenger von Gümligen, Schwyzerörgeli  
Esther Furer von Ringoldswil, Kontrabass



**13.30 Uhr Generalversammlung**

**14.00 Uhr**

**öffentliches Referat von Martina Bircher**  
***Grenzenlose Zuwanderung  
und deren Auswirkungen auf unsere  
Sozialwerke***



Martina Bircher  
Frau Vizeammann und  
Grossrätin SVP, Aarburg AG

**im Anschluss vom PIKOM offerierter Apéro riche**

**Ort:** Gasthof zum Schützen  
Schachenallee  
5000 Aarau



**[www.gasthofschoetzen.ch](http://www.gasthofschoetzen.ch)**

- Traktanden:**
- Begrüssung
  - Protokoll der GV 2017 (liegt auf)
  - Tätigkeitsbericht und allgemeine Informationen
  - Jahresrechnung 2017 und Bericht der Revisoren
  - Entlastung des Präsidenten und der Vorstandsmitglieder
  - Wahlen
  - PIKOM-Aktivitäten 2018 und 2019
  - Budget 2018
  - Verschiedenes und Umfrage

Beachten Sie bitte folgende Anmerkungen des Vorstandes: Anträge, über die diskutiert und abgestimmt werden soll, sind bis zum 5. April 2018 schriftlich dem Präsidenten einzureichen.

Der Vorstand hofft auf zahlreiches Erscheinen!

Thomas Fuchs, Präsident PIKOM